Empörung

«Diese Spirale wird nicht nur von de

Peter Schneider und Moritz Leuenberger sehen in der ständigen Empörung eine Gefahr für die Demokratie. Der Wutb

Mit Moritz Leuenberger und Peter Schneider sprach Philipp Loser

Was auf der Welt auch geschieht – irgendjemand wird sich darüber empören. Sofort. Und laut. Wie halten wir da noch mit? Wie unterscheiden wir nötige von unnötiger Betroffenheit? Und was bedeutet der ständige Erregungszustand für unsere Demokratie? Ein Gespräch über echte Moral, das Volk als Dativobjekt und: Twitter.

Herr Leuenberger, wann haben Sie sich zum letzten Mal über einen Text von Peter Schneider genervt?

Moritz Leuenberger: Noch gar nie! Ich habe kürzlich im Radio einen Text von ihm erwähnt, der mich besonders angesprochen hat. Um nicht als undifferenzierter Fan dazustehen, habe ich betont, ich sei nicht mit allem einverstanden. Aber genervt? Davon kann keine Rede sein. Die Auseinandersetzung mit einem Autor wird erst spannend, wenn man die Dinge anders sieht. Ist man sich immer einig, wäre das wenig bereichernd. Da könnte ich mich auch gleich selber lesen …

Im angesprochenen Text ging es um die Wut, die der Kesb nach dem Kindsmord entgegenschlug.

Leuenberger: Die Empörung war mir unverständlich. Die Kolumne hat mich wohl auch angesprochen, weil ich im Ansatz beim Mord am Zollikerberg und bei den Südanflügen Ähnliches erlebt hatte: Den Versuch, die Schuld an einem Unglück auf politische Behörden zu wälzen. Politische Repräsentanten werden für den Lauf der Dinge verantwortlich gemacht. Sie werden zu Blitzableitern für alle Ereignisse, die gesellschaftspolitisch zu erklären sind.

Peter Schneider: Es gibt aber auch Fälle, bei denen das naheliegt. Nicht bei der Kesb – dort ist es absurd. Aber wenn der Berliner Bürgermeister Klaus Wowereit es nicht hinbekommt, den neuen Flughafen zu bauen, dann trägt er dafür eine politische Verantwortung. Die hat nicht damit zu tun, dass er die Baupläne zu wenig studiert oder die Baustelle nicht jeden Tag kontrolliert hat. Aber die Verantwortung hat er trotzdem.

Leuenberger: In meiner Amtszeit habe ich immer wieder erlebt, wie ein Eisenbahnminister drei Monate im Amt war und nach einem Zugunglück zurücktreten musste. Wenn er fünfzehn Jahre dabei ist und die rostigen Schienen nie ersetzen liess – dann würde ich es verstehen. Wenn er aber als Symbol geopfert wird, dann ist das auch verantwortungslos. Es ist so einfach zu sagen: Ich übernehme die Verantwortung und trete zurück. Verantwortung würde ja darin bestehen, künftige Unglücke zu vermeiden. Der blosse Rücktritt ist reine Symbolik. Das ist zum Glück in der Schweiz nicht so häufig verbreitet.

Schneider: Gleichzeitig wird in der Schweiz oft das Fehlen einer Rücktrittskultur bedauert. Das hat mit einem seltsamen, monarchistisch verstandenen Republikanismus zu tun. Die Leute wollen einen König köpfen, der gar nicht vorhanden ist.

Sind damit die gestiegenen Moralansprüche an Politiker zu erklären?

Schneider: Das ist eine Spirale, die nicht nur von den Bürgern gedreht wird. Die ganze Politik wurde in den vergangenen Jahrzehnten moralisiert. Der Ursprung dieser Tendenz liegt schon in der bürgerlichen Revolution, die auch ein moralischer Triumph der anständigen Bürger über den sittenlosen Adel war. In jüngerer Zeit waren es die linken Protestbewegungen der 70er-Jahre und der Umweltschutzbewegung, die darauf bestanden, dass das Private politisch sei. Die moralische Schadenfreude ist aber nicht immer falsch: Wenn ein Politiker stets die moralische Karte spielt und dann an seinen eigenen Ansprüchen scheitert, ist eine gewisse Häme durchaus angebracht.

Leuenberger: Man muss die Begriffe sezieren. «Moralisieren» hat wenig mit Moral zu tun. Moralisieren ist das spontane Schaffen neuer moralischer Normen gegen einen politischen Feind – und das hat zugenommen. Die Medien spielen im Empörungstheater ganz gerne mit. Sie erheben sich auf die Empore und kanzeln als Saubermänner die anderen herunter. Das ist eine bedenkliche Entwicklung. Moralische Ansprüche per se halte ich aber für berechtigt. Jeder Mensch sollte sich moralisch benehmen, auch die Politiker. Aber eben nicht moralischer als alle anderen. Wenn sich nach dreissig Jahren herausstellt, dass ein Amtsträger in seiner Dissertation nicht richtig zitiert hat und er darum zurücktreten muss, habe ich Mühe.

Schneider: Ihr Beispiel handelt von Annette Schavan, und die war halt Bildungsministerin in Deutschland.

Leuenberger: Aber nach dreissig Jahren? Im Strafrecht wäre das verjährt. Sie hatte ja inzwischen auch etwas geleistet. Oder dieser amerikanische General, der wegen eines Ehebruchs zurücktreten musste – das kann ich nicht nachvollziehen. Das Moralisieren der Öffentlichkeit habe ich auch selber erlebt. Als Umweltminister wurde ich von Journalisten zunehmend weniger zu Inhalten befragt …

Schneider: … sondern, ob Sie mit dem Velo gekommen sind.

Leuenberger: Ja, oder welches Auto ich fahre.

Schneider: Das ist eine Unsitte, die ich auch beobachte: Interviews mit Grünen und Linken beginnen immer mit der Frage, mit welchem Verkehrsmittel man unterwegs sei und ob man ein GA besitze. Das ist so was von egal!

Woher kommt all die Empörung?

Leuenberger: Wir teilen die Menschen eben gerne in gute und böse ein. Das wird auch für Einschaltquoten und Auflagen gerne genutzt. Ein Opfer ist ein beruflicher Erfolg. Wenn es zu einem Rücktritt kommt, prangt das Geweih des Gestürzten als Trophäe über dem Pult des Journalisten.

Schneider: Zum ersten Mal kam der Begriff des Wutbürgers bei den Demonstrationen gegen Stuttgart 21 auf. Da schossen die Bürger weit über eine sachpolitische Frage hinaus. Es war eine Feier der Selbstwirksamkeit, und die hängt mit dem medialen Loop zusammen: Wir machen etwas, wir werden beachtet und machen darum weiter.

Leuenberger: Am Schluss zielt es immer auf die einzelne Person. Das Schlimmste ist die Wohnungsfrage. Solange der Wohnungsmarkt angespannt ist, kann ein Politiker gar nicht richtig wohnen. Ist er in einer Genossenschaftswohnung, wird er als Parasit beschimpft. Hat er eine Eigentumswohnung, ist er ein Superkapitalist. Damit Sie mich richtig verstehen: Ich bin kein Opfer. Und das Phänomen ist nicht auf Politiker beschränkt. Alle Exponenten einer Gesellschaft können unter Beschuss geraten.

Grosse Empörung, angeschossene Politiker – und doch findet ein Phänomen wie Pegida hier nicht statt. Warum?

Leuenberger: Der Wutbürger hat in der direkten Demokratie keinen Platz. Hier kann sich jeder zu jedem Sachgeschäft äussern und kann mitentscheiden. Dass das Wutbürgertum jetzt auch in der Schweiz geschürt wird, hat mit dem globalen Kommunikationsraum zu tun. Wir orientieren uns an der französischen Plebiszitkultur, sehen die Demonstrationen in Deutschland und ändern unser eigenes Verständnis als Citoyens – und damit das Verhältnis zwischen Bürger und Staat. Auch bei uns werden heute Volksinitiativen populistisch formuliert, damit die Wut gegen eine vermeintliche «Classe politique» demonstriert werden kann. Dabei hat das in unserem System eigentlich gar keinen Platz.

Schneider: «Die ganze Politik wurde in den vergangenen Jahrzehnten moralisiert.»

«Die Erdung in der Masse wird völlig überschätzt.»

Peter Schneider

Schneider: Darin sehe ich die grösste Gefahr für die Schweiz. Eine Wutbürgerbewegung wie Pegida verpufft relativ schnell, selbst in Deutschland. Dass solche Strömungen durch die direkte Demokratie in der Schweiz verhindert werden, ist der positive Aspekt. Gleichzeitig fliessen Elemente davon in unser System. Der Sündenfall war die Minarettinitiative, eine Vorlage ohne jeden sachlichen Gehalt oder plausiblen Anlass. Eine karnevalistische Feier einer absurden Souveränität.

Leuenberger: Mit der Initiative wurde ein Glaubensbekenntnis formuliert, und das führte dazu, dass selbst linke Frauen für das Minarettverbot stimmten, weil die Frauen im Islam unterdrückt werden. Und das hat mit Minaretten in der Schweiz nicht das Geringste zu tun.

Peter Schneider

Der Psychoanalytiker und Satiriker lebt und arbeitet in Zürich. Schneider (* 1957) schreibt regelmässig als Kolumnist für den «Tages-Anzeiger» und ist Autor einer satirischen Presseschau auf SRF 3.

Was bedeutet es für das System, wenn immer mehr solche Initiativen an die Urne kommen?

Schneider: Werden es tatsächlich immer mehr? «Immer mehr» ist eine schwierige Formulierung, sie tönt danach, als blickten wir im Abstand von 500 Jahren auf die Gegenwart. Was allerdings nicht heisst, dass man heute dieser selbstzerstörerischen Willkür nicht etwas entgegensetzen sollte. Sehen Sie sich doch an, wie die Masseneinwanderungsinitiative dieses Land aufmischt. Seit einem Jahr reden wir über deren Umsetzung und verlieren aus dem Blick, wofür wir eine Lösung gesucht hatten.

Leuenberger: Während meiner Amtszeit habe ich die direkte Demokratie immer sehr gelobt. Heute merke ich: Ich habe sie idealisiert. Ich bin vom selbstverantwortlichen Citoyen ausgegangen, der den Staat gestalten will. Das war eine Überhöhung. Heute mache ich mir grosse Sorgen. Unsere direkte Demokratie leidet an gravierenden Mängeln. Es braucht endlich finanzielle Transparenz. Wer bezahlt eigentlich all diese Initiativen und die Propaganda dafür?

Ist es nicht verständlich, dass die Menschen gerade in einer direkten Demokratie eine Abstimmung auch als Triebabfuhr verstehen?

Schneider: Ehrlich gesagt stelle ich mir unter Triebabfuhr etwas Lustigeres vor …

Leuenberger: (lacht laut)

Schneider: Wenn der Wutbürger tatsächlich einen abzureagierenden Trieb verspürt, dann soll er doch zu Hause einmal richtig fluchen. Der Akt des Abstimmens ist abstrakt, ich recke dabei ja nicht mein Schwert an der Landsgemeinde in die Höhe.

Leuenberger: Was aber stimmt: Oft sind es Frustrationen aus verschiedensten Gebieten, die sich zu einem bestimmten Entscheid an der Urne kumulieren. Um es «denen da oben» zu zeigen. Das ist widersinnig in unserer Demokratie. Die da oben sind wir alle.

Schneider: «Die da oben», wenn ich das nur schon höre. Der Begriff kommt wahnsinnig aufmüpfig daher, ist aber total unterwürfig. Nietzsche würde das die Sklavenmoral nennen. Der Frust der Menschen, die immer grollen.

Ist es nicht ein Grundproblem, dass die Eliten, Leute wie Sie, keinen Zugriff auf die breite Masse haben?

Schneider: Diese Erdung in der Masse wird völlig überschätzt. Die Leute, die fordern, die Politik müsse näher zum Volk, leben selber in einem sehr engen Zirkel. Nur weil ich im Turnverein bin, verstehe ich das Volk besser? Eher nicht. Jeder lebt in einer vergleichsweise kleinen Welt. Und die Medien wären dafür da, den Horizont dieser Welt zu erweitern. Und zwar, ohne immer nur Ressentiments zu bedienen.

Leuenberger: Die Begriffe «Elite» und «Masse» gehören nicht zu meinem Sprachgebrauch. Auch wenn jemand in einer Diskussion vom «Volk» spricht, horche ich auf. Gehört er selber denn